

## Stellungnahme des Österreichischen Städtebundes zu HORIZON 2020

### 1. Allgemeine Ausrichtung des Programmes

Der Österreichische Städtebund begrüßt grundsätzlich die Vorschläge der Kommission zur Neuausrichtung der europäischen Forschungspolitik im Rahmen von Horizon 2020. Besonders positiv ist hervorzuheben, dass – gerade in wirtschaftlich unsicheren Zeiten und allgegenwärtigen Budgetengpässen – die **Förderung von Forschung und Innovation** als Investition in die Zukunft Europas nicht zurückgenommen, sondern sogar verstärkt wird.

Die **Zusammenführung der Förderung von Forschung und Innovation** in ein Programm, die Ausrichtung an einem **breiten Innovationsverständnis**, die Orientierung an den politischen Leitlinien der „**Europa 2020**“-Strategie, die **Förderung der gesamten Innovationskette** von der Idee bis zur Marktumsetzung und die **bessere Nutzung von Synergien mit anderen Programmen** sind ebenfalls als sehr zielführend und zukunftsweisend hervorzuheben. Horizon 2020 greift den Gedanken der Wissensgesellschaft im Dreieck von Forschung/Wissenschaft, Bildung/Gesellschaft und Innovation/Wirtschaft auf und versucht die darin liegenden Potenziale optimal zu nutzen. Dies ist gerade aus der Sicht der Städte zu begrüßen, da die Städte als Wissensknotenpunkte der Gesellschaft bereits diese drei Zugänge verbinden.

Nicht zuletzt ist erfreulich, dass die **Städte als Innovationsräume Europas** in Horizon 2020 stärker berücksichtigt werden und zukunftsweisende Themenfelder mit besonderer Relevanz für die Städte stärker in den Mittelpunkt rücken.

## **2. Orientierung an den gesellschaftlichen Herausforderungen**

Horizon 2020 verfolgt weitgehend einen „*challenge-based approach*“, wonach Forschung und Innovation insbesondere in jenen Themenfeldern forciert werden sollen, wo ein großer Bedarf nach innovativen Lösungen besteht. Dies betrifft in erster Linie die im Programm als eine von drei Schlüsselprioritäten aufgenommenen gesellschaftlichen Herausforderungen.

Aus Sicht der österreichischen Städte ist dieser Zugang sehr sinnvoll und erfolgversprechend. **Städte** sind aufgrund ihrer Charakteristik **besonders von diesen gesellschaftlichen Herausforderungen betroffen**, wie zum Beispiel der

- **nachhaltigen Energieversorgung,**
- **der intelligenten Mobilität,**
- **Anpassung an sich ändernde Klima- und Lebensbedingungen oder**
- **der sozialen Stabilität.**

Städte sind aus drei verschiedenen Perspektiven mit diesen Themenfeldern in Berührung: Erstens als Betroffene, da gesellschaftlich relevante Problemfelder vielmehr zuerst und verstärkt in Städten auftreten. Zweitens sind Städte jene Innovationsräume, in denen neue Lösungen und Technologien zur Anwendung kommen können – so etwa im Bereich der „Smart Cities“, wo intensive Forschungsaktivitäten einen Innovationsschub erhoffen lassen können. Drittens bieten Städte den entsprechenden Rahmen zur Entwicklung neuer Lösungen, etwa durch intersektorale Kooperationen oder die Bildung kreativer Milieus.

## **3. Forschung FÜR die Stadt**

Forschungsthemen mit Relevanz für die europäischen Städte stehen hoch auf der Agenda des künftigen Forschungsrahmenprogrammes. Städte bestehen nicht nur aus Gebäuden und Infrastrukturen, sondern vor allem aus den Menschen, die in ihnen leben und arbeiten. Aus diesem Grund begrüßt der Österreichische Städtebund den **breiten Zugang zu Innovation und Forschung**, wie ihn die Kommission in ihrem Vorschlag verfolgt. Forschung und Innovation wurde lange nur unter dem Blickwinkel der Entwicklung neuer Technologien und Produkte verstanden –

zunehmend setzt sich ein Innovationsverständnis durch, das auch Dienstleistungsinnovationen, soziale Innovationen, Marketing- und Organisationsinnovationen und Innovationen durch Kombination dieser Zugänge umfasst.

Der Österreichische Städtebund schließt sich diesem Verständnis an und betont, dass gerade im Bereich **wissensintensiver Dienstleistungen**, die vielfach ein Stärkefeld der städtischen Wirtschaft darstellen, ein großes Innovations- und Marktpotenzial liegt. Wissensintensive Dienstleistungen zeichnen sich durch eine hohe Wissens- und Innovationsintensität aus und bewirken in Interaktion mit ihren Kunden wesentliche Multiplikationswirkungen in Hinblick auf die Entwicklung innovativer Produkte, Steigerung von Effizienz und Qualität und Ähnliches mehr. Ihnen kommt bei der Gestaltung von Wertschöpfungs- und Innovationsketten ein zunehmender Stellenwert zu, der sich dementsprechend auch im europäischen Forschungs- und Innovationsprogramm niederschlagen sollte. Wissensintensive Dienstleistungen nehmen ferner eine Schlüsselrolle in der Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und Nachhaltigkeit der europäischen Industrie ein, welche in Hinblick auf die Kohärenz der Programmziele der europäischen Politik zu unterstützen ist. Vor diesem Hintergrund sind auch der Fokus auf die Innovationspotenziale von **KMU** und der Brückenschlag zu den Strukturfondsprogrammen (Stichwort der „**Smart Specialisation**“) sehr zu begrüßen. Es ist jedoch zu betonen, dass der breite innovationspolitische Zugang auch einen entsprechenden Niederschlag in der endgültigen finanziellen Dotierung und den entsprechenden Ausschreibungen finden sollte.

Besonders begrüßt wird die Einrichtung der Aktionslinie „Integrative, innovative und sichere Gesellschaften“, welche die **sozialwissenschaftliche Dimension** von Forschung und Innovation in den Mittelpunkt rückt. Städte sind, wie im Vorschlag der Kommission erwähnt wird, besonders von sozialen Spannungen und Instabilitäten betroffen. Die Bewältigung von Armut, Migration und sozialer Ausgrenzung und die Sicherung des sozialen und politischen Friedens müssen mit hoher Priorität behandelt werden. Die damit einhergehende Aufwertung der Sozial- und Kulturwissenschaften kann hierzu einen wichtigen Beitrag leisten. (*Vorschlag der EU-KOM „Establishing Horizon 2020– The Framework Programme for Research and Innovation (2014-2020)“*, 75) In diesem Kontext wird angeregt, das

Themenfeld der Verwaltungsinnovationen aufzunehmen und entsprechende Forschungs- und Innovationsmodelle zu unterstützen. Die Stadt hat in der Geschichte vielfach ihre Funktion als politischer und gesellschaftlicher Innovationsraum unter Beweis gestellt – sie kann auch im 21. Jahrhundert neue Wege und Instrumente für ein friedliches Zusammenleben entwickeln, wenn entsprechende Vorhaben angestoßen und forciert werden (Stichwort „Urban Governance“).

Die JPI „**Urban Europe**“ sollte eine adäquate Ausstattung und Beteiligung erfahren, um einen Gesamtrahmen der stadtrelevanten Forschungsthemen entwickeln und umsetzen zu können. Die Pilot- und Forschungsprojekte können technologische Elemente umfassen – allerdings sind auch innovative Projekte im Dienstleistungs-, NPO- und öffentlichen Sektor vielfach unterstützenswert.

Horizon 2020 betont die **internationale Kooperation** in der Forschung, die auch als Instrument der europäischen Außenpolitik stärker genutzt werden soll. Nachdem eine Reihe von Schwellen- und Entwicklungsländern vor enormen Herausforderungen durch eine rasante Urbanisierung stehen, sollte auch hier die städtisch orientierte Forschung keine Randposition einnehmen. In technologischen Entwicklungen, urbanen Strategien und sozialen Innovationen ist es nicht nur eine ethische Verpflichtung, die Kompetenzen Europas stärker in andere Weltregionen zu tragen – es ist darüber hinaus ein adäquates Mittel, die globalen ökologischen, ökonomischen und politischen Auswirkungen der Urbanisierung besser zu bewältigen.

#### **4. Forschung IN der Stadt**

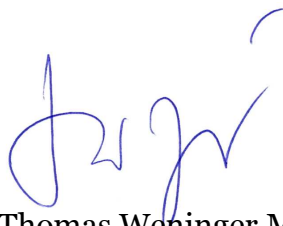
In diesem Zusammenhang bringt der österreichische Städtebund ein, dass angesichts dieser Betonung stadtrelevanter Themen in Horizon 2020 auch eine **stärkere Einbindung städtischer Akteure als urbane Gestalter sowie als Bedarfs- und Know-how-Träger** in die Forschungs- und Innovationsprojekte sinnvoll erscheint. Wissenschaftliche Einrichtungen, privatwirtschaftliche Unternehmen, NPOs, NGOs und nicht zuletzt die öffentliche Verwaltung können in die Forschung ihre jeweiligen Erfahrungswerte einbringen und gemeinsam an einer entsprechenden Umsetzung arbeiten – zB in Form von Public-Private-Partnerships. Alle Themenfelder, die die städtische Dimension explizit ansprechen, erfordern de facto

ein Zusammenwirken von Wissenschaft, Wirtschaft und Verwaltung – dieses sollte bereits in der Entwicklung geeigneter Lösungen durch Horizon 2020 angestoßen werden.

Um die vielversprechendsten Projekte Europas unterstützen zu können, wird Horizon 2020 den Modus der kompetitiven Ausschreibungen fortsetzen. Die Initiierung von Projektkonsortien, die Projektvorbereitung und Antragseinbringung werden – trotz der sehr zu begrüßenden Vereinfachungen und Beschleunigungen – weiterhin eine große Herausforderung für städtische Akteure sein, die über geringe personelle und finanzielle Ressourcen verfügen. Um daher den relevanten urbanen Einrichtungen an Forschungs- und Innovationsprojekten zu ermöglichen, ist aus Sicht des Österreichischen Städtebundes eine **vollständige Finanzierung der Vorbereitung von und der Teilnahme an europäischen Forschungs- und Innovationsprojekten von städtischen Akteuren** unumgänglich. Angesichts der knappen Ressourcen und Strukturen in den Stadtverwaltungen wird es notwendig sein, darüber hinaus **begleitende Empowerment-Maßnahmen für städtische Akteure** zu setzen, etwa durch die Möglichkeit, externe Expertisen beizuziehen und finanzielle Mittel für Analysen, Studien, etc. vorzusehen.

Weiters ist die Teilnahme von Städten an Horizon 2020 dadurch zu unterstützen, dass **einzelne Ausschreibungen ausschließlich städtische Einrichtungen** (bzw. Projektkonsortien mit Beteiligung ebensolcher) und intermediäre städtische Organisationen ansprechen. Die Festschreibung einer Mindestquote für urbane Projekte wird sehr begrüßt. Wie Untersuchungen zeigen, haben Investitionen in die regionalen Zentren, also vornehmlich die urbanen Gebiete, auch erhebliche positive Auswirkungen in die umgebenden ländlichen Räume.

Wien, 22. Dezember 2011



Dr. Thomas Wehinger MLS  
Generalsekretär